

Notizen von der Querfront (September-Oktober 2024)

„Es gibt Zeiten, da muss man sich wehren“

*Anne Applebaum, Friedenspreisträgerin
des Deutschen Buchhandels 2024*

Schröder für Trump

Noch immer schafft es Putins Schröder, als Experte zu hochdotierten Gesprächen eingeladen zu werden. Im „Focus“ prahlte er unlängst zum wiederholten Male, dass der Konflikt in der Ukraine „prinzipiell lösbar“ sei. Danach sollten die Ukrainer wohl endlich ihren halsstarrigen Widerstand aufgeben und nach den Irrwegen in die US-gesteuerten Anfänge von Demokratie und Rechtsstaat in die wohlverdiente Obhut seines Freundes im Kreml zurückkehren, der als großer Historiker schon immer wusste, unter welche Knute die Ukraine historisch gehörte und was gut für das vom dekadenten Westen verführte Nachbarvolk ist.

Das ist Putins kriegerisches Narrativ, das hier bespielt wird. Immerhin steigert der sozialdemokratische Ex-Kanzler inzwischen seine Minimalkritik, dass die Okkupation seines Spezis im Kreml nicht nur ein „Fehler“, sondern ein „schwerer Fehler“ gewesen sei. Weil selbst eine in die NATO integrierte Ukraine keine akute Gefahr für Russland bedeutet hätte. Es geht hier freilich nicht um moralische Dimensionen, sondern um militärstrategisches Schulterklopfen beim ruchlosen Freund, etwaige Sicherheitsbefürchtungen wegen eines NATO-Beitritts der Ukraine nicht nötig zu haben.

Schröder gockelt, dank seiner angeblich diplomatischen Vermittlerrolle bei den sog. Friedensverhandlungen von Istanbul 2022 sei ein Frieden in Griffnähe gewesen. Am Ende sei aber die Selensky-Regierung in Kiew von „mächtigeren Kreisen“ in den USA

zurückgepiffen worden, um Russland mit der Fortführung des Krieges strategisch zu schwächen und einen Regime Change in Moskau herbeizuführen. Die Schuld liegt, wie in linken Zweifeln immer, bei den US-Imperialisten. Damit bewegt sich der in seinem Verhältnis zu Amerika nie klüger gewordene Ex-Juso-Chef auf gleicher Wellenlänge wie das systemsprengende Egopaar von der Saarschleife.

So zieht Schröder den geradewegs infamen Vergleich, Deutschland und Frankreich möchten unter Scholz und Macron im Ukraine-Krieg Washington ähnlich die Stirn bieten wie er und Chirac im zweiten Irakkrieg 2003. Was aber hat Bushs Angriff auf Saddam Hussein, an dem sich Deutschland aus guten Gründen nicht beteiligt hat, mit Bidens eher bedachter bis zögerlicher Rolle im Ukraine-Krieg zu tun? Hier gerät alles durcheinander- die Täter und die Opfer, die Rolle der USA wie die der Deutschen – als legitime Kriegsdienstverweigerer im Irak wie als ebenso legitime militärische Unterstützer in der Ukraine.

Kaum überraschend, dass Schröder im US-Präsidentenwahlkampf auf den Putin näheren Kandidaten Trump setzt. Während dessen erster Amtszeit lobte der Ex-Kanzler noch die angeblich größere Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit des befreundeten russischen Machthabers im Vergleich zum erratischen Mann im Weißen Haus. Nunmehr setzt er aber Friedenshoffnungen auf Trumps Dealer-Qualitäten, den Krieg noch vor Amtsantritt zu beenden. Merke: Nur gewissenlose Machos trauen Machos derartige Wunderdinge zu. Der deutsche Macho glaubt ohnehin, dass Trump, Gegner der Ukraine wie des Vereinten Europa, das Rennen machen wird.

Zum einen, weil er toughen Frauen in der Politik wie Kamala Harris grundsätzlich misstraut - sie anzupöbeln pflegt wie Angela Merkel (*am Wahlabend 2005*), wie Andrea Nahles (*in einem SPIEGEL-Interview 2017*: „*Dass sie was von Wirtschaft versteht, glaubt sie*

doch selbst nicht.“) oder wie in unzähligen Kommentaren Analena Baerbock.

Andererseits ist Schröder ein Anhänger einer neuen multipolaren Weltordnung, in der seine Spezies Putin und Erdogan mehr zu sagen haben und er treue Transatlantiker wie Joe Biden nur als Gestalten von gestern belächelt, die gegen seinen neoimperialen Wladimir ohnehin keine Chance mehr hätten.

Exkurs: Vom falschen Nimbus der alten Friedensbewegung

Mit dem Versprechen einer Wiederbelebung der alten Friedensbewegung versuchen Wagenknecht & Lafontaine den Nimbus jener Protestkultur vor allem unter den „Losern“ von `89 anzuzapfen, die den Sieg des „kapitalistischen Westens“ im Kalten Krieg offenbar auch als seelische Kränkung erfahren haben.

Wenn sich Wagenknecht heute in der Spur der charismatischen Petra Kelly hin zu einer „neuen“ Friedensbewegung wähnt, unterschlägt sie geflissentlich, dass sie die NATO-Nachrüstung auf deutschem Boden nicht verhindern konnte. Dies hatte eine neue Stufe des Wettrüstens zur Folge, das schließlich zur Sollbruchstelle für das ökonomisch marode System im Osten werden sollte. Für große verbitterte Teile der älteren Anhängerschaft des aktuellen Friedensmanifestes gibt es also offenbar noch eine alte Rechnung zu begleichen. Diese Revanchegefühle bearbeiten Wagenknecht & Co. mit ihrer Angstbeschwörung vor dem unbesiegbaren nuklearen Freund im Kreml.

Der inzwischen verstorbene Historiker Manfred Wilke konnte Einblick in die Moskauer Protokolle zur Friedensbewegung nehmen. Aus ihnen geht hervor, dass die KPdSU 1980/81 fest damit gerechnet habe, die Protestbewegung in der Bundesrepublik würde so stark werden, um die Stationierung der Raketen zu verhindern.

Der „Krefelder Appell“ sei eine „Glanzleistung“ der DKP gewesen – so Manfred Wilke -, war es ihr doch gelungen, zwei Ikonen der damaligen Friedensbewegung – Petra Kelly und Gert Bastian – zur Unterschrift zu bewegen, obwohl die grüne Pionierin das SED-Regime mit der Unterstützung von „Schwerter zu Pflugscharen“ aktiv bekämpft hatte und sich dafür auch auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin verhaften ließ. Doch mit Kellys und Bastians kostbaren Signaturen konnten sich die Betreiber des „Appells“ ihren Protest als eine „unabhängige Friedensbewegung“ schönreden.

Der „Krefelder Appell“ entpuppte sich rasch als eine Kampagne zur einseitigen Rücknahme der westlichen Nachrüstung, ohne gleichzeitig gegen die sowjetische SS-20-Vorrüstung Stellung zu beziehen. Aber trotz der Präsenz der DKP sahen Petra Kelly und Gert Bastian in diesem Aufruf eine „historische Tat“, ehe beide die Friedensinitiative am 19. Februar 1984 aus Protest verließen, nachdem die SED-nahen Mitinitiatoren sich geweigert hatten, die unabhängige Friedensbewegung in der DDR zu unterstützen.

Gefangen in ihrer anti-amerikanischen Verblendung und dem ewigen Hass auf die NATO schienen die Reste der alten Friedensbewegung nach dem Epochenbruch völlig paralysiert und zur Empathie unfähig, zwischen Aggressoren und Opfern noch zu unterscheiden. Sie waren gleichsam der Denke eines „linken“ Treitschke verfallen: ‘Amerika ist an allem Schuld, Amerika ist unser Unglück.’ Eine Auffassung, die heute beim Überfall auf die Ukraine auf bestürzende Weise wieder als Hintergrundmelodie zu vernehmen ist. Dabei werden Russlands imperialistische Ziele als legitime Sicherheitsinteressen wahrgenommen.

Die „neue“ Friedensbewegung geriert sich mit ihrer schaummäuligen Einseitigkeit ebenso fragwürdig wie die alte. Mit ihrem pervertierten Verständnis von Frieden verwechselt sie den geforderten Waffenlieferungsstopp gegenüber der um ihre freiheitliche Existenz kämpfende Ukraine mit einer Solidaraktion für das

notleidende Volk. Offenbar wäre eine kriegerisch erzwungene Rückkehr der Ukraine in die Tyrannei Russlands für die pharisäische Truppe des neuen Friedensmanifestes eine gerechte Sache.

Watschenmann Stegner

Das hat er nun davon, Ralle Stegsi alias Ralf Stegner! Er biederte sich bei Wagenknechts Russentruppe namens Friedensbewegung 3.0 am Nationalfeiertag an. In der ersten (*gegen Schmidts Nato-Nachrüstung*) und zweiten (*im Golfkrieg gegen Saddam Hussein, Parole „Kein Blut für Öl“*) war er schon aktiv, um jetzt als umtriebiger Bewegungssozi bei Wagenknechts Kapitulationsappell „Hier“ zu rufen, obwohl ihn keiner unter den altlinken und neurechten Protagonisten dazu aufgefordert hatte. So trat Stegner eher unerwünscht am 3. Oktober an der Berliner Siegessäule auf, um das SPD-Fähnchen, das eigentlich dort keiner sehen wollte, vor Putins deutschen Claqueuren hoch zu halten. Was wunder, dass er zum Buh- und Watschenmann der Veranstaltung abstieg in dem Moment, als er sich traute, Putins Aggression UN-gemäß als „Angriffskrieg“ zu titulieren und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine hervorhob. Wagenknecht respektierte seinen Mut generös, sich überhaupt auf ihr toxisches Gelände begeben zu haben, wies aber den von Stegner beanspruchten Sympathisantenstatus der deutschen Sozialdemokratie in ihrer neu aufgelegten Friedensbewegung schroff zurück.

Wie aber kommt ein sozialdemokratischer Spitzenpolitiker zu der irrigen Wahrnehmung, dass die alte Friedensbewegung aus den 1980er Jahren eine linke Erfolgsgeschichte gewesen sei, an der teilgehabt zu haben die SPD immer noch stolz sein könnte. Es sei daran erinnert, dass die Sozialdemokraten nach dem Kanzlersturz Helmut Schmidts im Oktober 1982 beim Nachrüstungsbeschluss heftig zurückzurudern versuchten. Mit Parteichef Willy Brandt, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine schmiss man sich an die

Protestwelle ran, um jüngere Jahrgänge für die „alte Tante“ SPD nicht zu verfehlen. Ohne Erfolg, denn die Grünen zogen 1983 – zum Schaden der SPD - erstmals in den Bundestag ein.

Das heutige Friedensmanifest ist aber alles andere als eine jugendlich dominierte Bewegung. „Frieden mit Russland“, „Raus aus der Nato“, „Nato treibt Krieg und Völkermord - Solidarität mit Dombass und Gaza“, „Gesamte Ukraine entnazifizieren“ oder „Die DDR war der bessere deutsche Staat“ - Hinter solchen zum Großteil skandalösen Transparenten waren nur verbitterte ältere Gestalten auszumachen, die den Mauerfall und die Folgen bis heute nicht mit ihrer unverbrüchlichen ideologischen Einfalt verkraftet haben und Putins Untaten nur als vom Westen provozierte Notwehr wahrnehmen. Und ein Großteil aus dem jüngeren Potenzial der Querfront findet ohnehin Höcke viel spannender.

Die Querfront wird breiter

Überraschungsgast auf Wagenknechts dritter *One-Woman-Show* für einen Siegfrieden Putins war der CSU-Outcast Peter Gauweiler, der sich als alter Freund Lafontaines präsentierte und schon deshalb mit mehr Resonanz im Publikum rechnen durfte als der niedergebrüllte SPD-*Adabei* Stegner. Der „schwarze Peter“ setzte dabei eine unrühmliche CSU-Linie fort. Nachdem Franz Josef Strauss in Konkurrenz zur sog. „Moskau-Fraktion“ der SPD Egon Bahrs eher gute Kontakte zu Maos China pflegte, begann mit Gorbatschow eine Umorientierung der bayerischen Staatspartei, die sich fortan ebenso abenteuerlich gestaltete wie der erste Flug der angstschweißgebadeten CSU-Führungsriege nach Moskau - mit Strauss *himsel* am Steuerknüppel einer Privatmaschine.

Fortan bewiesen die CSU-Führer viel Geradlinigkeit und Stehvermögen auf dem Kremlparkett – von Stoiber über Seehofer bis Söder. Manchesmal sah es so aus, als würden die wahren Putinversther nicht nur im Willy-Brandt-Haus oder am Rosa-Luxemburg-

Platz, sondern auch in der bayerischen Staatskanzlei sitzen. Seit Putins Aggression ist man jedoch zu größerer Reserve gezwungen.

Währenddessen verkörpert Peter Gauweiler - halb abtrünnig-halb noch dazugehörig - den Prototyp des rechten Querfrontmannes. Schon als Jungstudent war er in der Studentenbewegung als rechter 68er (*mit einer Wasserspritzpistole*) aktiv. Als Anti-Aids-Kommissar im Kreisverwaltungsdezernat der Landeshauptstadt München bekämpfte er die liberalere Bundesgesundheitsministerin und Kondombefürworterin Rita Süssmuth bis aufs Messer. Mit dem ausgetretenen SPD-Chef Oskar Lafontaine wechselte er sich bei BILD mit ätzenden Kommentaren ab. Gauweiler bekämpfte die EU vor Gericht mit AfD-Argumenten, ehe er - gleichsam in Freischärlerpose - zusammen mit Wilfried Scharnagl vom früheren Bayernkurier für die Loslösung von „Gott-mit-Dir, du Land der Bayern“ vom gottlos chaotischen Bund stritt. An der Siegestsäule am Nationalfeiertag widmete Gauweiler nun der russophilen Querfront eine neue Pointe.